

Inhaltsverzeichnis

| | |
|--|----|
| «Hohe Risiken» in der Zürcher Sozialhilfe | 2 |
| Ineffizienz und Risiken | 3 |
| Waser will System umkrempeln | 4 |
| Das Ende der Blindheit | 6 |
| Waser verspricht Korrekturen in Zürichs Sozialhilfe | 7 |
| Waser verspricht Abhilfe bis 2010 | 8 |
| Wesentliche Prinzipien nicht eingehalten | 9 |
| Stocker: «Kein Wirrwarr in der Sozialhilfe» | 10 |
| Bald vor Bezirksgericht | 11 |
| Frauen verletzen Amtsgeheimnis | 12 |
| Gericht beurteilt Fall zweier Sozialhilfe-Mitarbeiterinnen | 13 |
| Mehr Missbräuche bei Sozialhilfe | 14 |
| IT-System der Sozialen Dienste ist ein Debakel | 15 |
| Affäre Stocker: Wyler und Zopfi stehen vor Gericht | 16 |
| Stadtzürcher Sozialdienste vor einem Führungswechsel | 17 |
| Viele Fehler, keine Schuldigen | 18 |
| Waldvogel nimmt den Hut | 19 |
| Kritik und Rücktritt in Martin Wasers Sozialdepartement | 20 |
| Sie polarisierte und tritt schweigend zurück | 21 |
| «Whistleblower» warten auf ein Urteil | 23 |
| Zwei Sozialhilfe-Mitarbeiterinnen vor Gericht | 24 |
| Die beiden Whistleblower waren im Recht | 25 |
| Neue Kritik an Sozialhilfe | 27 |

«Hohe Risiken» in der Zürcher Sozialhilfe

Bericht kritisiert Kontrollsystem und empfiehlt Reorganisation

Von Sebastian Ramspeck

Zürich Ein bislang unveröffentlichter Bericht stellt der Stadtzürcher Sozialhilfe ein vernichtendes Urteil aus: Die «jetzige Organisation» sei «ineffizient» und berge «hohe Risiken», bilanziert ein Expertenteam der Universität St. Gallen. Es empfiehlt «Sofortmassnahmen» im Kampf gegen Missbräuche und längerfristig die Abschaffung der Zürcher Sozialbehörde. Dieses Milizorgan, dem 15 Politiker angehören, sei seinen Aufgaben nicht gewachsen: «Eine grundlegende Änderung des Kontrollsystems» sei «nötig».

Mit dem Urteil widersprechen die Experten bisherigen Stellungnahmen der Stadtregierung. Trotz spektakulärer Missbrauchsfälle und dem Rücktritt der grünen Sozialministerin Monika Stocker Ende Juli ortete der Stadtrat keine gravierenden Mängel in der Sozialhilfe: Der Vorwurf der Misswirtschaft sei nicht gerechtfertigt, verkündete der CVP-Politiker Gerold Lauber, der das Sozialdepartement interimistisch leitete. «Zürich steht sehr gut da», lobte im März schon Peter Arbenz. Der Unternehmensberater und ehemalige Spitzenbeamte leitete eine Untersuchung, nachdem zwei Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements entlassen worden waren. Die beiden hatten das Departement öffentlich kritisiert.

Die nun vorliegende 108-seitige «Analyse Sozialdepartement/Sozialbehörde» hat die Stadtregierung im Januar in Auftrag gegeben. SP-Stadtrat Martin Waser, neuer Leiter des Sozialdepartements, will an einer Medienkonferenz am kommenden Freitag über die Ergebnisse informieren.

Die Experten der Universität St. Gallen beschreiben chaotische Strukturen und überforderte Mitarbeiter: «Weder die Mitglieder der Sozialbehörde noch die Kader der Sozialen Dienste» würden in der Regel «die genauen Abläufe und Aufgaben sowie Verantwortungen» kennen. Das «Kontrollsystem» weise «erhebliche Lücken auf», und die Qualität der Kontrollen sei «mehr als fraglich». Das liege unter anderem an den zahlreichen, verschiedenartigen Prüfmechanismen. Aber auch die historisch geprägte «Skepsis gegenüber moralisierenden Kontrollansätzen» habe «eine konstruktive Auseinandersetzung» mit dem Thema behindert.

Experten widersprechen der Regierung und der Opposition

Zürichs Sozialhilfesystem steht nach Erkenntnis der Experten im Vergleich zu anderen Schweizer Grossstädten schlecht da: Vor allem Basel überzeuge dank einer «schlanken und straffen Organisation». Anders als in Zürich bildet hier ein Verwaltungsrat das Aufsichtsorgan. Ihm gehören neben «Milizpersonen» auch «(Polit-)Profis» an. Bern schneidet ebenfalls besser ab: Zwar gibt es hier eine Sozialbehörde, doch klare

Strukturen in der Direktion führten zu einer «hohen Professionalisierung».

Als «Sofortmassnahmen» empfiehlt der Bericht der Zürcher Sozialhilfe unter anderem die Einführung des Rotationsprinzips für Dossiers und Kadermitarbeiter, eine anonyme Meldestelle zur Missbrauchsbekämpfung sowie eine jährliche Kontrolle aller Dossiers – statt der bisherigen Stichproben.

Längerfristig empfehlen die Experten den Umbau der Sozialhilfe, wobei fünf verschiedene Varianten zur Diskussion gestellt werden. Am meisten versprechen sie sich von der «ersatzlosen Streichung» der Sozialbehörde und dem Aufbau einer «professionellen Revision». Damit widerspricht der Bericht nicht nur der bisherigen Selbsteinschätzung der Zürcher Regierung – sondern auch der oppositionellen SVP: Sie hatte das Milizorgan Sozialbehörde stets als Garanten für eine effektive Kontrolle gepriesen.

Das vernichtende Urteil über die Zürcher Sozialhilfe dürfte den gerade begonnenen Wahlkampf um die Nachfolge des sozialdemokratischen Stadtpräsidenten Elmar Ledergerber beeinflussen. Für die empfohlene Reorganisation wäre letztlich ein Urnengang nötig: «Kein Spaziergang!», prognostiziert der Bericht.

Monika Stocker: Ein halbes Jahr nach ihrem Rücktritt erhält die ehemalige Zürcher Sozialvorsteherin noch einmal schlechte Noten

foto: steffen schmidt/keystone

Front

Ineffizienz und Risiken

Zürich HSG-Studie zur Sozialhilfe

Eine Studie der Universität St. Gallen (HSG) kommt zum Schluss, dass die Sozialhilfe in der Stadt Zürich ineffizient und mit hohen Risiken gehandhabt wird. Dies bestätigte gestern das Stadtzürcher Sozialdepartement zu einer Vorabmeldung der «Sonntags-Zeitung». Sozialdepartements-Chef Martin Waser wird am Donnerstag dazu Stellung nehmen. (mts) Seite 15

Waser will System umkrempeln

Der neue Zürcher Sozialvorsteher Martin Waser will die städtische Sozialhilfe umbauen. Dies nachdem Experten das heutige System scharf kritisiert haben. Sie stellen vor allem die Rolle der Sozialbehörde in Frage.

Zürich – Er ist noch keine drei Monate im Amt. Und schon schmiedet der neue Stadtzürcher Sozialvorsteher Martin Waser (SP) radikale Reformpläne. «Ich bin bereit und willens, das heutige System zu hinterfragen und ein neues aufzubauen», sagte er gestern vor den Medien im Stadthaus.

Waser kann sich bei der Reform auf Experten der Universität St. Gallen stützen. Sie durchleuchteten in den letzten Monaten das Zusammenspiel der Ämter und Behörden, die in Zürich Sozialhilfegelder auszahlen. Namentlich nahmen sie unter die Lupe, ob und wie die Sozialbehörde mit dem Sozialdepartement und den Sozialen Diensten harmonieren. Das Schwergewicht lag dabei auf betriebswirtschaftlichen Fragen. Der Stadtrat hatte den Bericht Anfang Jahr bestellt. Damals hatte die Missbrauchsdebatte eben ihren Siedepunkt erreicht und Stadträtin Monika Stocker (Grüne) ihren Rücktritt angekündigt.

Frühere Berichte, die sich auf die Arbeit der Angestellten konzentrierten, stellten der Sozialhilfe ein gutes Zeugnis aus. Das Fazit der neuen Studie dagegen ist wenig schmeichelhaft: Die heutige Organisation halte zwar alle Gesetze und Verordnungen ein. Doch insgesamt «ist es ineffizient und birgt hohe Risiken». Die Probleme seien im Gesetz selber angelegt, sagte Mitautorin und Verwaltungsrechtlerin Isabelle Häner. Zur Erklärung verweisen die Autoren auf die Geschichte: Früher war die Sozialbehörde allein für Armenpflege zuständig. Weil es immer mehr Sozialfälle gab und die Arbeit grösser wurde, gab die Behörde mit der Zeit einige Aufgaben und Kompetenzen an die Verwaltung ab. Allerdings wurde nicht immer alles glasklar geregelt, was zum aktuellen Wirrwarr führte.

Die Experten kritisieren vor allem die Kontrollen. Das System sei unbefriedigend und pannenanfällig, heisst es im Bericht. Manche Fälle werden von verschiedenen Leuten bis zu achtmal kontrolliert, andere gar nie. Das sei «wirtschaftlich ineffizient». Zudem sind die Kontrollen nicht auf die Minimierung von (Missbrauchs-)Risiken ausgerichtet. Normalerweise werden die Dossiers vom Schreibtisch aus geprüft. «Aber es wird kaum je untersucht, ob die Angaben mit der Realität übereinstimmen», so Häner. Ein anderer Kritikpunkt: Die 13 Mitglieder der Sozialbehörde kontrollieren jährlich bis zu tausend Fälle und haben pro Dossier im Schnitt drei Minuten Zeit. Die Qualität dieser Kontrollen sei mehr als fraglich, so die Studie.

Überhaupt kommt die Sozialbehörde schlecht weg. Die Autoren kritisieren vor allem ihre «Mehrfachrolle». Denn die Milizbehörde kann auf mehreren Ebenen mitreden. Das berge Konfliktpotenzial mit dem Sozialdepartement. So beispielsweise, wenn Behörde und Verwaltung bei

einer Erhöhung der Ausgaben für Mieten oder Arztbesuche anderer Meinung sind.

Das Expertenteam listet fünf mögliche Lösungen auf. Die radikalste enthält die Abschaffung der Sozialbehörde und eine neue interne Revision im Sozialdepartement. Es ist zugleich jene Variante, die von den Experten empfohlen wird.

Der Vorschlag, die Sozialbehörde abzuschaffen, widerspiegelt die betriebsökonomische Sicht der Fachleute, sagte Waser. Wie wichtig eine demokratisch legitimierte Behörde wie die Sozialbehörde für die Sozialhilfe heute noch ist, muss sich für Waser in der politischen Diskussion zeigen. Er will nun ein Modell entwickeln, das transparent, effizient und wirksam sein soll. Dazu lanciert er eine Debatte. Er selber sei «ergebnisoffen», sagte Waser, doch müsse auch eine «Heilige Kuh» wie die Sozialbehörde hinterfragt werden. Der Stadtrat will das Modell noch in diesem Jahr vorstellen. Der Gemeinderat soll dann vor den Sommerferien 2009, das Volk in einem Jahr entscheiden – falls ein Gesetz geändert werden muss.

Was ist die Sozialbehörde

Die Zürcher Sozialbehörde ist eine selbstständige Kommission. Sie entscheidet in komplexen Sozialfällen, ist erste Rekursinstanz bei Einsprachen, kontrolliert Dossiers und kann das Sozialamt beraten. Ihre 14 Mitglieder werden vom Grossen Gemeinderat gewählt (aktuell: 5 SP, 3 SVP, 2 Grüne, 2 FDP, 1 CVP, 1 EVP). Das Laiengremium wird vom Sozialvorsteher geleitet. Bis Ende der 1920er-Jahre – damals hiess sie noch «Armenpflege» – lag das Fürsorgewesen ganz in ihren Händen. Seither hat die Kommission immer wieder einzelne Aufgaben und Kompetenzen an die Verwaltung abgetreten.

Die Stadtparteien sehen sich jetzt alle bestätigt

Der Bericht wird von mehreren Parteien begrüsst. Die Stadtzürcher SP geht mit den Autoren darin einig, dass bei der Kontrolle Handlungsbedarf bestehe. Es brauche eine professionelle Kontrolle der Normfälle und ein ausgebauteres Risikomanagement. Die Arbeit der Sozialbehörde werde im Bericht allerdings unterschätzt, schreibt sie in einer Stellungnahme. Für die Grünen bestätigt der Bericht, dass Sozialdepartement und Sozialbehörde eine effektive Kontrollarbeit erbracht haben. Dass anderswo effizienter gearbeitet werde, könne nicht überdecken, dass Zürich in der Sozialhilfe Pionierarbeit geleistet habe, schreiben sie. SVP-Fraktionschef Mauro Tuena sagte gegenüber einem Onlineportal, der Bericht bestätige, was die SVP immer gesagt habe. Die Kontrollmechanismen funktionierten schlecht, und zudem gebe es Doppelspurigkeiten.

nachgefragt

Urs Lauffer (FDP) - Vizepräsident der Zürcher Sozialbehörde

«Wir waren die Einzigen, die immer funktioniert haben»

INTERVIEW: RETO FLURY

Herr Lauffer, die neue Studie enthält massive Kritik an der Sozialbehörde. Trifft sie zu?

Urs Lauffer: Nein. Der Bericht ist sehr einseitig. Die Autoren tun so, als ob alle Probleme der Zürcher Sozialhilfe auf die Sozialbehörde zurückzuführen seien. Dabei war die Sozialbehörde in den letzten turbulenten Jahren das Einzige, was wirklich funktionierte. Sie hat zum Beispiel die Sozialinspektoren eingeführt – und das zu einer Zeit, als die Politik völlig blockiert war.

Also muss man gar nichts ändern?

Doch. Die Sozialbehörde hat selber immer wieder eine Reform verlangt. Es ist unbestritten, dass wir ein Kontrollproblem haben, weil die Fallzahlen explodierten.

Die Autoren empfehlen die Abschaffung der Sozialbehörde. Was halten Sie von dem Vorschlag?

Nichts. Es ist zwar offensichtlich, dass die Sozialhilfe in der Stadt Zürich viel Vertrauen eingebüsst hat. Aber dieses Problem lässt sich nicht lösen, indem man die Sozialbehörde abschafft. Die Leute wollen nicht mehr Verwaltung, sondern mehr Kontrolle – unter anderem durch unser Milizorgan.

Wie sähe Ihr Vorschlag aus?

Man sollte unser Gremium verkleinern und dafür teilprofessionalisieren. Das heisst, 30-Prozent-Pensen schaffen. So könnten wir uns vermehrt auf die Kontrolle der Dossiers konzentrieren.

Aber Sie sind Laien. Laut Bericht haben Sie weder das Wissen noch die Fähigkeiten für diese Arbeit.

Ich finde diese Aussage anmassend. Natürlich muss man eine Menge Gesetze und Reglemente kennen. Doch Sozialhilfe hat auch viel mit gesundem Menschenverstand und mit Kenntnissen des Arbeitsmarkts zu tun. Und da sehen wir Milizpolitiker neben den Sozialarbeitern der Verwaltung nicht schlecht aus.

Aber die Mitglieder der Sozialbehörde haben im Schnitt nur drei Minuten Zeit, um ein Dossier zu kontrollieren. Ist das nicht zu wenig?

Schauen Sie, manchmal sind Statistiken unsinnig. In vielen einfachen Fällen muss man nur schnell die Beträge kontrollieren. Das kann sehr schnell gehen. Die Behörde nimmt sich aber für die komplexeren Fälle genug Zeit.

FrontGES

KOMMENTAR

Das Ende der Blindheit

Von Daniel Suter

So klar wie Martin Waser hat noch kein Zürcher Stadtrat das Problem der Sozialhilfe ausgesprochen : «Das Zusammenspiel zwischen Sozialdepartement und Sozialbehörde funktioniert nicht. Ich bin bereit, das System zu ändern.» Der Gesamtstadtrat - noch mit Monika Stocker - hatte im Februar der Universität St. Gallen den Auftrag gegeben, die Strukturen der Sozialhilfe zu durchleuchten.

Das Ergebnis ist ein Schock: Zwischen dem Sozialdepartement und der aussen stehenden Sozialbehörde sind die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen so verworren und verschlungen verteilt, dass selbst die Mitspieler nicht genau sagen konnten, welches denn ihre Rolle ist. In diesem historisch gewachsenen Urwalddickicht ist kein Durchblick und damit auch keine wirksame Kontrolle der Sozialhilfe möglich. So überprüfen bis zu acht Personen jeden einzelnen Fall, dabei rechnen alle nur im Aktendossier die Zahlen nach - keiner aber vergleicht diese Daten mit der Wirklichkeit.

An diesem Doppelsystem haben alle bisherigen Sozialvorstände nur ein bisschen geschraubt. Selbst die grosse Umbauerin Monika Stocker stellte es nicht in Frage. Eine seltsame Betriebsblindheit hielt Generationen von Zürcher Sozialpolitikern in ihrem Bann, während andere Städte der Schweiz ihre Strukturen längst modernisiert und effizient gemacht hatten. In Zürich brauchte es offenbar die laute Aufregung um Einzelfälle von missbrauchter Sozialhilfe, um der Politik die Augen für die tieferen Ursachen zu öffnen. Es ist gut, dass nun ein besonnener und unbelasteter Mann wie Martin Waser die Sache in die Hand nimmt. Sein erster Auftritt als neuer Sozialvorsteher überzeugte: Waser präsentierte keine fixe Lösung, sondern er versprach einen raschen, demokratischen Lösungsweg.

Waser verspricht Korrekturen in Zürichs Sozialhilfe

Das System der Stadtzürcher Sozialhilfe soll gründlich reformiert werden. Dies kündigte SP-Stadtrat Martin Waser an, nachdem Experten massive Mängel festgestellt hatten.

Von Martin Huber

Zürich. - «Es geht nicht um Misswirtschaft, aber das System funktioniert nicht gut. Und es besteht dringender Verbesserungsbedarf.» Dies sagte Sozialvorsteher Waser gestern vor den Medien, als er den Bericht der Universität St. Gallen über die Aufgabenteilung von Sozialdepartement, Sozialen Diensten und Sozialbehörde präsentierte. Der Bericht, der am Wochenende vorzeitig publik geworden war (TA vom Montag), kommt zum Schluss, «dass die heutige Organisation der Zürcher Sozialhilfe zwar gesetzeskonform abläuft, aber wesentliche Prinzipien moderner Verwaltungsführung nicht einhält, ineffizient ist und hohe Risiken birgt». Weder die Mitglieder der Sozialbehörde noch die Kader der Sozialen Dienste würden in der Regel «die genauen Abläufe und Aufgaben sowie Verantwortungen» kennen.

«Wirrwarr an Zuständigkeiten»

Laut der Rechtsprofessorin Isabelle Häner, die den Bericht mitverfasst hat, herrscht ein «Wirrwarr an Kompetenzen und Zuständigkeiten» zwischen Stadtrat, Verwaltung und Sozialbehörde (siehe Grafik). Die Abläufe seien unübersichtlich und ineffizient. Als besonders problematisch stuft Häner die Rolle der Sozialbehörde ein, die gleichzeitig Kontroll-, Entscheidungs- und Rekursinstanz ist und vom Sozialdepartementsvorsteher präsiert wird.

Unzureichend seien auch die Kontrollen in der Sozialhilfe. So werde bis zu achtmal dasselbe kontrolliert, dafür werde nicht überprüft, ob die Dossiers auch mit der Realität übereinstimmen. Zudem habe jedes Mitglied der Sozialbehörde 1000 Fälle zu überprüfen, pro Fall könnten im Schnitt bloss drei Minuten aufgewendet werden.

Das Grundproblem orten die Experten in der Parallelstruktur zwischen Amt und Behörde, eine Folge historischer Entwicklungen seit den 1920er-Jahren. Für Unklarheiten sei aber auch das kantonale Sozialhilfegesetz mitverantwortlich.

«Andere Städte machen es besser»

Andere Schweizer Grossstädte machen es nach Ansicht der Wissenschaftler besser: In Basel, Bern, St. Gallen und Luzern seien die Zuständigkeiten in der Sozialhilfe «direkt und einfacher» geregelt. Vor allem Basel überzeuge dank einer «schlanken und straffen Organisation».

Die Autoren empfehlen Zürich deshalb dringend einen Kurswechsel. Am besten wäre es ihrer Ansicht nach, die Sozialbehörde abzuschaffen und eine professionelle Kontrollstelle aufzubauen. Ob es dazu kommt, ist

allerdings ungewiss. Stadtrat Waser liess durchblicken, dass er einer Abschaffung skeptisch gegenübersteht. Der Vorschlag, die Sozialbehörde abzuschaffen, widerspiegle die rein betriebswirtschaftliche Optik der Fachleute; die demokratische Legitimation der Behörde und damit der Sozialhilfe werde nicht berücksichtigt.

Keinen Zweifel liess Waser dafür an seiner Absicht, das System rasch und gründlich zu reformieren. «Retuschen reichen nicht, es braucht einen klaren Schnitt, um das Vertrauen in die Sozialhilfe wiederherzustellen.» Der Stadtrat werde ein eigenes Modell entwickeln, das demokratisch legitimiert, transparent und effizient sein müsse und klare Zuständigkeiten aufweise.

Volksabstimmung bereits in einem Jahr

Das Reformmodell will Waser bereits Ende Jahr in die Vernehmlassung schicken. Noch vor den Sommerferien 2009 soll der Gemeinderat darüber entscheiden. Im November 2009 könnte dann das Volk über die nötigen Gesetzesänderungen befinden, sodass das neue System auf den Frühling 2010 in Kraft treten könnte.

Die Studie hatte der Stadtrat im Februar in Auftrag gegeben, kurz nach der Rücktrittsankündigung von Monika Stocker (Grüne). Auslöser waren die anhaltende Kritik an der Zürcher Sozialhilfe sowie spektakuläre Missbrauchsfälle.

Front

Waser verspricht Abhilfe bis 2010

Zürich Sozialhilfe soll neu organisiert werden

Eine Studie der Universität St. Gallen (HSG) hat Mängel im Sozialhilfesystem der Stadt Zürich aufgedeckt.

Stadtrat Martin Waser will nun ein eigenes Sozialhilfe-Modell entwickeln und bis 2010 einführen.

Die aktuelle Organisation der Sozialhilfe in der Stadt Zürich läuft laut der am Dienstag präsentierten HSG-Studie zwar gesetzeskonform ab, ist jedoch ineffizient, birgt hohe Risiken und hält wesentlichen Prinzipien moderner Verwaltungsführung nicht ein. So würden Zahlen und Daten eines Dossiers beispielsweise formal acht Mal überprüft, ohne dass kontrolliert werde, ob die Daten der Realität entsprechen. Die Sozialbehörde, das im Milizsystem geführte Aufsichtsgremium des Sozialdepartement und der Sozialen Dienste, solle daher abgeschafft und durch ein professionelles Kontrollorgan ersetzt werden, empfehlen die Experten.

Stadtrat Waser will nun ein eigenes Organisations-Modell entwickeln. Dieses soll bis Ende Jahr in die Vernehmlassung gegeben werden, damit im Frühling 2009 der Gemeinderat darüber befinden könne, so Waser. Sollte das Volk dem neuen Modell zustimmen, könnte es im Mai 2010 in Kraft treten. (ap) Seite 25

Autor: Alfred Borter

Zürich

Wesentliche Prinzipien nicht eingehalten

Stadtzürcher Sozialdepartement Analysebericht der Universität St. Gallen (HSG) listet problematische Punkte im Bereich Sozialhilfe auf

Die Aufgabenteilung in der Sozialhilfe der Stadt Zürich ist problematisch. Eine Studie von Experten der Universität St. Gallen empfiehlt, die vom Stadtparlament gewählte Sozialbehörde abzuschaffen.

Ganz neu war es nicht mehr, was Stadtrat Martin Waser zusammen mit Isabelle Häner, Titularprofessorin für Staats- und Verwaltungsrecht an der Universität Zürich, gestern der Presse vorgestellt hat: Der Analysebericht der Universität St. Gallen über das Organisations- und Führungskonzept im Bereich Sozialhilfe der Stadt Zürich war schon am Sonntag durch eine Indiskretion bekannt geworden.

Drei Minuten pro Fall

Beide hielten fest, von einer vernichtenden Kritik an der Sozialhilfe könne keine Rede sein, aber es seien gewisse organisatorische Schwachstellen geortet worden.

Wie Häner ausführte, entspricht die Organisation vollauf den gesetzlichen Vorschriften, und trotzdem herrscht ein Wirrwarr: Wesentliche Prinzipien der modernen Verwaltungsführung sind nicht eingehalten, Zuständigkeiten sind zum Teil unklar, Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung sind in gewissen Fällen nicht einheitlich zugeordnet. So erwähnte die Expertin, zum Teil werde bei Kontrollen bis zu achtmal geprüft, ob die Dossiers vollständig seien, aber die Sozialbehörde wende für die Fallkontrolle im Durchschnitt nur drei Minuten auf. «Das ist eindeutig sehr wenig», meinte sie dazu.

Dazu komme, dass der Gemeinderat zwar die 14 Mitglieder der Sozialbehörde wählt, aber er kontrolliert sie nicht, sie ist dem Gemeinderat auch keine Rechenschaft schuldig.

Zu kompliziert

Der Vergleich mit den andern Städten hat ergeben, dass Zürich die komplizierteste Struktur aufweist. In Bern ist die Sozialbehörde nur für Strategie und Aufsicht zuständig, die Durchführung der Sozialhilfe liegt bei der Zentralverwaltung. In Basel und St. Gallen ist die Sozialhilfe völlig in die Zentralverwaltung integriert.

Das Expertenteam › neben Häner gehören Beat Bechtold, Alexander Jungmeister und Martin Lengwiler dazu › hat folgende Varianten geprüft: Variante 1: Nullvariante (alles bleibt, wie es ist). Variante 2: Aufbau professionelle Revision, Abschaffung der Sozialbehörde. Variante 3: Sozialbehörde fokussiert sich auf normative Aufgaben. Variante 4: Ausbau Sozialbehörde mit eigener Administration. Variante 5: Aufbau professionelle Revision, Sozialbehörde wird Delegation im Stadtrat.

Die Experten kommen zum Schluss, am effizientesten wäre die Abschaffung der Sozialbehörde und Übertragung aller Aufgaben an die Verwaltung. Am zweitbesten sei die Reduktion der Aufgaben der Sozialbehörde auf rein Normativ-Strategisches, das heisst, dass man ihr die Entscheide über Sozialhilfe im Einzelfall wegnimmt und zur Verwaltung verschiebt. Deutlich weniger geeignet wären der Ausbau der Sozialbehörde mit eigener Administration sowie die Übertragung der Aufgabe der Sozialbehörde an eine Delegation des Stadtrats.

Demokratische Kontrolle bleibt gefragt

Parteienstimmen zur HSG-Studie über die Sozialhilfe in Zürich machen deutlich: Die heutige Sozialbehörde ist am Ende. Doch demokratisch legitimierte Kontrolle bleibt gefragt. «Die artreine Laienbehörde ist aus meiner Sicht gestorben», sagt SVP-Stadtparteichef Rolf André Siegenthaler. Ihm schwebt statt der heutigen Sozialbehörde ein Gremium mit professionellem Kern vor, das unter parlamentarischer Aufsicht steht. Die SP meint: «Es braucht eine professionelle, unabhängige stichprobenartige Kontrolle.» Die im HSG-Bericht vorgelegten Modelle lehnt sie aber ab. Die SP will «ein Modell, das die Mängel behebt und die demokratische Kontrolle durch eine Behörde garantiert, die nicht einfach aus Sozialexperten besteht.» Für den Stadtzürcher FDP-Fraktionschef Michael Baumer ist die Abschaffung der Sozialbehörde «eine Option, aber nicht zwingend. Es braucht ein Gegengewicht zur Exekutive.» Eine Reform der Sozialbehörde könne zum Ziel führen. Die Grünen zeigen sich offen für Reformen › und betonen, dass dabei die Frage nach der Leistungsfähigkeit des Milizsystems und nach der politischen Legitimation des Sozialwesens mitdiskutiert werden müsse. (mts)

Update

Diverse Fälle von Sozialhilfemissbrauch in Zürich führten im Frühjahr 2006 zu einer ausgedehnten Debatte. Die Stadt reagierte unter anderem mit der Anstellung von verdeckt ermittelnden Sozialinspektoren. Zudem gab der Stadtrat Experten der Universität St. Gallen den Auftrag, Zürichs Sozialhilfe zu untersuchen. (liz)

Stocker: «Kein Wirrwarr in der Sozialhilfe»

Die frühere grüne Stadträtin Monika Stocker reagiert auf die Kritik am Zürcher Sozialwesen: Es gebe Reformbedarf, aber von einem Wirrwarr könne nicht die Rede sein.

Zürich. - In einem «Tages-Anzeiger»-Interview nimmt die im Juli zurückgetretene Stocker erstmals Stellung zum Expertenbericht der Universität St. Gallen, welcher der Zürcher Sozialhilfe ein miserables Zeugnis ausstellt (TA vom Mittwoch). Reformen seien nötig, sagt sie, und auch schon während ihrer Amtszeit eingeleitet worden. Einen «Wirrwarr», wie es die Experten bemängeln, gebe es in der Zürcher Sozialhilfe aber nicht. Wer wolle, der blicke in dem System auch durch.

Die St. Galler Studie war zum Schluss gekommen, das Zürcher Sozialhilfesystem biete viele Risiken für Pannen, sei zu wenig transparent und in hohem Masse ineffizient; andere Städte machten es besser. Nach den spektakulären Missbrauchsfällen im letzten Jahr geriet die Zürcher Sozialhilfe damit erneut in die Schlagzeilen, Kritiker wie die SVP sahen sich bestätigt. Stockers Nachfolger im Sozialdepartement, SP-Stadtrat Martin Waser, kündigte umgehend Verbesserungen an.

Stocker, die das Sozialdepartement 14 Jahre lang leitete, bestreitet, dass die St. Galler Studie ihren schärfsten Kritikern, der SVP und der «Weltwoche», Recht gibt: «Ein Missverständnis.» Den Expertenbericht bezeichnet Stocker als «spannend». Sie selber habe, zusammen mit dem Stadtrat, den Bericht Anfang dieses Jahres in Auftrag gegeben. Allerdings handle es sich um eine theoretische Studie, die erst noch auf die reale Politik im Kanton Zürich mit seinem Sozialhilfegesetz heruntergebrochen werden müsse.

Auf die Frage, warum sie die im Bericht aufgezeigten Probleme nicht schon viel früher energisch angegangen sei, sagt Stocker: Andere wichtige Reformen - Schaffung der Sozialzentren, Umsetzung von «Arbeit statt Fürsorge» - seien im Vordergrund gestanden, um die stark gestiegenen Fallzahlen in der Sozialhilfe bewältigen zu können. (mth)

Interview Seite 15

Bald vor Bezirksgericht

sda

Zwei ehemalige Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements müssen vor Gericht.

ZÜRICH – Der Staatsanwalt hat Anklage gegen zwei Mitarbeiterinnen des Sozialdepartements erhoben. Diese lautet auf Amtsgeheimnisverletzung, wie Staatsanwalt Hans Maurer gestern eine Meldung von «Radio Zürisee» bestätigte. Die beiden Frauen hatten Informationen aus dem Amt an die Presse weitergegeben. Maurer wird eine bedingte Geldstrafe beantragen.

Die beiden Angeklagten sind gemäss Staatsanwalt «so weit geständig». Sie führten aber zu ihrer Rechtfertigung aus, das Interesse der Öffentlichkeit, Kenntnis von Missständen zu erhalten, sei höher zu bewerten als das Interesse des Sozialdepartements an der Wahrung des Amtsgeheimnisses. Dies wolle er nun vom Richter beurteilt haben, sagt Maurer. Der Staatsanwalt hatte die Untersuchung vor einem guten Jahr eingeleitet.

Die «Weltwoche» hatte im Februar 2007 Fälle von Sozialhilfemissbrauch publiziert, die sich auf vertrauliche Sozialhilfedaten stützten. Darauf reichte das Sozialdepartement Anzeige gegen unbekannt wegen Amtsgeheimnisverletzung ein. Ende Oktober 2007 wurden dann die beiden Sozialdepartements-Mitarbeiterinnen Esther Wyler und Margrit Zopfi freigestellt, nachdem eine Administrativuntersuchung eingeleitet worden war. Die fristlose Kündigung erhielten sie im März 2008. Ihnen wurden schwerwiegende Pflichtverletzungen vorgeworfen. (sda)

Frauen verletzen Amtsgeheimnis

Zürich. - Die beiden ehemaligen Mitarbeiterinnen des städtischen Sozialdepartements, die Informationen über Sozialmissbrauch an die «Weltwoche» herausgegeben haben, müssen sich vor dem Bezirksgericht verantworten. Die Staatsanwaltschaft hat Anklage erhoben.

Laut einer Meldung von Radio Zürisee lautet die Anklage auf Amtsgeheimnisverletzung. Staatsanwalt Hans Maurer wird eine bedingte Geldstrafe beantragen. Zu deren Höhe wollte er sich nicht äussern. Die beiden Angeklagten sind geständig. Laut Maurer haben sie das Interesse der Öffentlichkeit, Kenntnis von Missständen zu erhalten, höher bewertet als das Amtsgeheimnis. Dies wolle er nun vom Richter beurteilt haben, sagte der Staatsanwalt.

Die beiden Frauen, Esther Wyler und Margrit Zopfi, waren Ende Oktober 2007 vom Sozialdepartement freigestellt worden, nachdem gegen sie eine Administrativuntersuchung wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung eingeleitet worden war. Vor gut einem Jahr reichte das Sozialdepartement dann Anzeige gegen unbekannt ein. Im März 2008 wurde den beiden Frauen fristlos wegen Pflichtverletzung gekündigt. (Tagesanzeiger.ch/Newsnetz)

Autor: SDA (sda)

Zürich und Region (zh)

Gericht beurteilt Fall zweier Sozialhilfe-Mitarbeiterinnen

Anklage wegen Amtsgeheimnisverletzung

(sda) Die zwei ehemaligen Mitarbeiterinnen des Städtzürcher Sozialdepartements, die Informationen aus dem Amt an die «Weltwoche» herausgegeben haben, müssen sich vor dem Bezirksgericht verantworten. Der Staatsanwalt hat Anklage erhoben. Sie lautet auf Amtsgeheimnisverletzung, wie Staatsanwalt Hans Maurer eine Meldung von Radio ZüriSee bestätigte. Die beiden Angeklagten sind gemäss Staatsanwalt «so weit geständig».

Der Staatsanwalt hatte die Untersuchung vor gut einem Jahr eingeleitet, sie dauerte länger als erwartet. Die Mitarbeiterinnen, Esther Wyler und Margrit Zopfi, waren im Oktober 2007 freigestellt worden, nachdem gegen sie eine Administrativuntersuchung wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung eingeleitet worden war. Die «Weltwoche» hatte, gestützt auf vertrauliche Sozialhilfe-Daten, Fälle von Sozialhilfemissbrauch publiziert. Im Februar 2008 reichte das Sozialdepartement Anzeige gegen Unbekannt wegen Amtsgeheimnisverletzung ein. Im März erhielten die zwei Frauen die fristlose Kündigung. Ihnen wurden schwerwiegende Pflichtverletzungen vorgeworfen.

Mehr Missbräuche bei Sozialhilfe

zürich – Gestern hat das Zürcher Sozialdepartement die Sozialhilfeszahlen für das letzte Jahr präsentiert. Zwar ist die Anzahl der Fälle stabil geblieben, die Missbrauchsquote hat aber von 4,5 auf 4,9 Prozent zugenommen. Diese Zahl sei inakzeptabel, sagte Urs Lauffer, Vizepräsident der Sozialbehörde. Problematisch sei beim Sozialhilfebetrug vor allem auch der Ausländeranteil: In vier von fünf Fällen sind Ausländer involviert. Um den Missbrauch reduzieren zu können, will sich die Sozialbehörde neu organisieren: So soll das Gremium nur noch neun statt 15 Mitglieder haben und den Vollzug fast vollständig an die Sozialarbeiter delegieren. (awe) | Seite 29

IT-System der Sozialen Dienste ist ein Debakel

Die Software Famos kostet 20 statt 11,5 Millionen Franken - und macht damit allen das Leben schwer.
Von Denise Marquard

Abgekürzt wird das IT-System der Sozialen Dienste «Fallmanagement-Modell Zürich» mit Famos. Das ist die Hochstapelei des Jahres: Famos ist dieses System überhaupt nicht. Im Gemeinderat wurde es als «Scherbenhaufen ohnegleichen» beschimpft, oder als «ein Patient, der mit offenem Bauch, aber noch lebend auf dem Operationstisch liegt». Was läuft schief?

Das neue Computersystem muss monatlich 20 000 Fälle oder 43 000 Zahlungen erledigen. «Das System machte von allem Anfang an Probleme», sagt Thomas Meier, Kommunikationsbeauftragter des Sozialdepartements. «Immer wieder kam es zu Systemabstürzen.» Zudem fehlen immer noch wichtige Funktionen. So ist das neue System nicht einmal in der Lage, Schlussabrechnungen automatisch auszudrucken. «Heute müssen die Mitarbeitenden diese wieder einzeln kontrollieren.»

Auflaufende Kunden

Famos macht nicht nur den Mitarbeitern der Sozialen Dienste das Leben schwer, sondern auch ihren Kunden, den Sozialhilfeempfängern. 2008 trafen Abrechnungen zu spät ein oder sie waren unverständlich. Wenn sich die Betroffenen an die zuständigen Stellen wenden wollten, liefen sie auf, sagt Ombudsfrau Claudia Kaufmann. Wie viele Sozialhilfeempfänger wegen Famos vorübergehend in Schwierigkeiten gerieten, ist unbekannt.

Famos müsste eigentlich vier Systeme ersetzen: Jene für die Sozialhilfe, Jugend- und Familienhilfe, vormundschaftliche Massnahmen und das Alimentenwesen. Man hat gehofft, damit die Wartungs- und Entwicklungskosten zu senken, und die Arbeit der Mitarbeitenden zu erleichtern. Von diesen hehren Zielen ist man weit entfernt. Bis jetzt hat das IT-System vor allem enorme Kosten verursacht: 20 Millionen anstatt wie budgetiert 11,5 Millionen. SVP, FDP und CVP haben deshalb ein Postulat eingereicht. Sie wollen wissen, wie es zur Kostenexplosion kommen konnte und wer für den Schlamassel verantwortlich ist. Das ist eine heikle Frage. Die Auftraggeber definieren, was die Software können muss, die extern entwickelt wurde.

Endloser Ärger

Waren die Vorgaben ungenügend oder die Umsetzung? «Wie im vorliegenden Fall», sagt IT-Fachfrau und RPK-Mitglied Jacqueline Badran (SP), «sollte man nicht vorgehen.» Programme, die so entstünden, verursachen auch in der Privatwirtschaft endlosen Ärger und einen enormen Zusatzaufwand mit teurer Umprogrammierung. «Es ist zwar typisch, aber trotzdem unverständlich, weshalb nicht mehr Aufwand in die Konzeptphase gesteckt wurde. Eigentlich müsste die Softwareanbieterin das wissen, die Leute vom Sozialdepartement sind keine IT-Fachleute.»

Seit mehr als einem Jahr plagen sich Sozialarbeiter und Sozialhilfeempfänger mit dem System herum. Die Frist für Kinderkrankheiten ist längst abgelaufen. Deshalb hat sich im letzten Oktober Sozialvorsteher Martin Waser persönlich eingeschaltet. Er verlangte eine Analyse und Lösungsvorschläge zur Behebung des Debakels. «Die Probleme bei den Sozialhilfebezügern sind weitgehend behoben», sagt Meier. «Bei den Mitarbeitenden arbeiten wir noch bis 2010 an Verbesserungen.»

Affäre Stocker: Wyler und Zopfi stehen vor Gericht

Zwei Ex-Angestellte des Zürcher Sozialdepartements müssen sich wegen Amtsgeheimnisverletzung vor dem Richter verantworten.

Zürich. - Bei den beiden Angeklagten handelt es sich um die Controllerinnen Esther Wyler und Margrit Zopfi. Sie haben im Frühjahr 2007 der «Weltwoche» vertrauliche Informationen über Missstände im Sozialdepartement geliefert. Sie wurden im Oktober 2007 von der damaligen Vorsteherin Monika Stocker (Grüne) zuerst suspendiert, später fristlos entlassen.

Am 17. September müssen sich die 58-jährige Zopfi und die 50-jährige Wyler vor dem Einzelrichter des Bezirksgerichts Zürich wegen Verletzung des Amtsgeheimnisses verantworten. Wie der leitende Staatsanwalt Hans Maurer sagte, beantragt er eine bedingte Geldstrafe von 50 Tagessätzen. Über die Höhe des Tagessatzes wollte er sich nicht äussern. Die Frauen seien im Grundsatz geständig, sie machen aber eine Notlage geltend. Juristisch ausgedrückt: eine aussergesetzliche Wahrung der berechtigten öffentlichen Interessen. Gefragt, ob er auch eine Einstellung des Verfahrens in Betracht gezogen habe, sagte Maurer: «Darüber muss der Richter entscheiden.»

Die den Medien gelieferten Informationen und Aussagen der beiden Frauen führten zu mehreren Untersuchungen. So liess Stocker im März 2008 von externen Fachleuten die Dossiers der beiden Controllerinnen untersuchen. Dabei wurden keine Beweise für den hohen Prozentsatz von angeblichen Mängeln gefunden. Eine vom Stadtrat in Auftrag gegebene Studie im Oktober 2008 stellte dann aber grundlegende Mängel im städtischen Sozialhilfesystem fest. Die Studie kam zum Schluss, dass die Sozialhilfe zwar gesetzeskonform sei. Sie bezeichneten sie aber als ineffizient, ein umfassendes Kontrollkonzept fehle. Seit dem Rücktritt von Stocker im Juli 2009 leitet SP-Stadtrat Martin Waser das Sozialdepartement. Er hat die Sozialbehörde verkleinert und neu strukturiert. Über das neue Organisationsmodell wird am 29. November abgestimmt. (hoh)

Margrit Zopfi.

Esther Wyler.

Autor: Bühler U. (urs)

Zürich und Region (zh)

Stadtzürcher Sozialdienste vor einem Führungswechsel

Direktorin Rosann Waldvogel tritt zurück

urs. Die Direktorin der Sozialen Dienste und somit eine der zentralen Figuren im Stadtzürcher Sozialwesen hat ihre Stelle per Ende März 2010 gekündigt: Nach 21 Jahren im Sozialdepartement, 9 davon als Chefbeamtin, will Rosann Waldvogel laut einer Mitteilung der Stadt eine neue Herausforderung anpacken. Sozialvorsteher Martin Waser wird im Communiqué mit der Aussage zitiert, den Entscheid zu bedauern. Er lobt Waldvogels Gestaltungswillen sowie Tatendrang und attestiert ihr, die Sozialen Dienste während einer anspruchsvollen Zeit zielgerichtet, engagiert und kompetent geführt zu haben.

Der Zeitpunkt von Waldvogels Weggang kommt für Aussenstehende eher unerwartet. Weniger überrascht hätte es, wenn sie zusammen mit ihrer vormaligen Chefin zurückgetreten wäre: Mitte 2008 trat ihre langjährige Weggefährtin, Stadträtin Monika Stocker, von der politischen Bühne ab und wurde an der Spitze des Sozialdepartements von Martin Waser abgelöst. Stocker ging, Waldvogel blieb. Dass Waser an ihr festhielt, bedauerten Beobachter, die sich einen konsequenteren Neuanfang im Departement wünschten. Die geballte Kritik, die sich über Stocker entladen hatte, war nämlich zu einem beträchtlichen Teil auch gegen Waldvogels Arbeit gerichtet gewesen. Die Sozialen Dienste sind für das ambulante Leistungsangebot zuständig, also auch für die unter Beschuss geratene Sozialhilfepraxis.

Vor ihrem Aufstieg in die Direktion hatte Waldvogel 1988 die Kontakt- und Anlaufstellen für Drogensüchtige aufgebaut und geleitet. Danach führte sie die Abteilung für ambulante Drogenhilfe und war mit der fachlichen und methodischen Neuausrichtung des Sozialamts betraut. Aus ihrer Direktionszeit bleibt ein zwiespältiges Bild zurück. Einerseits ist die 49-Jährige für ihre hohen Fachkenntnisse anerkannt, und sie machte zumindest von aussen den Eindruck, die jüngsten Reformen mit Elan mitzugestalten und mitzutragen. Andererseits waren ihr Führungsstil wie auch ihre Konzepte amtsintern und -extern umstritten. Ferner zeigte der eine oder andere unsouveräne Auftritt in brisanten Situationen, dass Öffentlichkeitsarbeit nicht zu ihren Stärken zählte. So hatte sie etwa einigen Anteil daran, dass der sogenannte «Hotelfall» 2004 von manchen Seiten zum Skandal hochstilisiert werden konnte und ihr selber gar Rücktrittsforderungen vonseiten der Bürgerlichen bescherte.

Kanton

Viele Fehler, keine Schuldigen

zürich – Für die fehlerhafte Software im Stadtzürcher Sozialdepartement gibt es eine ganze Reihe von Gründen. Eine klare Zuweisung der Verantwortung sei aber nicht möglich, teilte der Stadtrat gestern mit. Er verzichtet deshalb auf Klagen. Das «Fallmanagement Modell Zürich» war Anfang 2008 im Sozialdepartement eingeführt worden. Wichtige Funktionen standen aber nicht zur Verfügung. Sozialvorsteher Martin Waser, der sein Amt Anfang August 2008 antrat, liess eine Analyse durchführen. Sie ergab, dass ein Turn-around erfolgen sollte. Das Stadtparlament bewilligte 2,26 Millionen Franken, verlangte aber zugleich einen Bericht zu den Problemen. Der ergab, dass die Prozesse zu wenig erarbeitet wurden. Dies führte laufend zu Änderungen der Anforderungen. Darauf wurde nicht richtig reagiert: Projektsteuerung, Projektleitung und Lieferanten wehrten sich nicht gegen die Änderungen. Zudem wurde verhindert, dass aus den Problemen die nötigen Konsequenzen gezogen wurden. Die damalige Sozialvorsteherin Monika Stocker wurde unzureichend informiert. Auch verlief die Zusammenarbeit ungenügend. (sda)

Kanton

Waldvogel nimmt den Hut

ZÜRICH – Rosann Waldvogel, Direktorin der Sozialen Dienste der Stadt Zürich, hat ihre Stelle auf Ende März 2010 gekündigt. Sie arbeitet seit 21 Jahren für das Sozialdepartement, die letzten neun Jahre leitete sie den Sozialbereich. Sozialvorsteher Martin Waser (SP) bedauert laut einer Mitteilung den Rücktritt. Waldvogel wurde breiteren Kreisen bekannt, als sie und ihre damaligen Chefin, Monika Stocker, wegen Missbrauchsfällen in die Kritik gerieten.

Kritik und Rücktritt in Martin Wasers Sozialdepartement

Zürich. - Im Zürcher Sozialdepartement, dessen Vorsteher Martin Waser (SP) derzeit krankheitshalber nur eingeschränkt arbeiten kann, stehen grosse Änderungen bevor: Rosann Waldvogel, Direktorin der Sozialen Dienste, hat ihren Job auf Ende März 2010 gekündigt. Sie gönne sich eine Auszeit, heisst es in einer Mitteilung. Eine genauere Erklärung wollte Waldvogel gestern nicht abgeben. Ihre neunjährige Amtszeit gestaltete sich vor allem in den letzten Jahren äusserst bewegt. Zusammen mit ihrer früheren Chefin Monika Stocker (Grüne) stand Waldvogel im Zentrum der Vorwürfe wegen Sozialhilfemissbrauchs. Das Auftreten der heute 49-Jährigen polarisierte. Bürgerliche werfen ihr das sture Verfechten einer «ideologischen Sozialromantik» vor. Linke loben sie für die gelungene Reform der Sozialen Dienste und ihren Einsatz für Schwächere. Waldvogel arbeitet seit 21 Jahren im Sozialdepartement, zwischen 1988 und 2000 baute sie Anlaufstellen für Drogensüchtige auf.

Kritik an Informatikprojekt

Gleichzeitig veröffentlichte der Stadtrat gestern seinen Bericht zu FamoZ, dem neuen Informatiksystem des Sozialdepartements. Dessen Entwicklung kostet nicht wie vorgesehen 11,5, sondern mindestens 20 Millionen Franken. Nach der harschen Kritik aus dem Gemeinderat spricht auch der Stadtrat von einem ungenügend und zu wenig diszipliniert ausgeführten Projekt. Auf personelle Konsequenzen wird aber verzichtet, da keine klare Zuweisung der Verantwortung möglich sei. (bat)

Autor: Huber Martin

CITY Regionalausgabe Stadt ZürichAufschlag

Sie polarisierte und tritt schweigend zurück

Rosann Waldvogel, Direktorin der Sozialen Dienste, hat auf Ende März gekündigt. Für die Bürgerlichen gilt sie als Relikt der Ära Stocker, Linke attestieren ihr hervorragende Arbeit.

Von Beat Metzler

Rosann Waldvogel geht und schweigt. Warum sie ihr Amt als Direktorin der Sozialen Dienste nach neun Jahren niederlegt, wollte sie gestern nicht sagen. Beim Sozialdepartement verwies man auf die Pressemitteilung: «Rosann Waldvogel nimmt sich eine Auszeit, bevor sie eine neue Herausforderung anpacken wird.» Waldvogel werde im März 2010 öffentlich auf ihre Laufbahn zurückblicken.

Die sparsame Begründung passt zu Waldvogel. Zusammen mit Sozialdepartementsvorsteherin Monika Stocker geriet sie in den letzten fünf Jahren unter starken Druck. Die beiden mussten den «Hotelfall», den «Spanienfall», den «BMW-Fall» und schwere Missbrauchsvorwürfe erklären. Dabei wirkte die heute 49-Jährige mit Kurzhaarschnitt unbeugsam, unnahbar und wortkarg. Mit dieser Art polarisierte sie fast noch mehr als ihre Chefin.

Als diese im letzten Jahr aufgab, blieb Waldvogel im Amt. Nachdem sie 13 Monate unter Stockers Nachfolger Martin Waser (SP) gearbeitet hat, kommt ihr Rücktritt für viele nicht überraschend. Die Leitung der Sozialen Dienste gilt als «Verschleissjob». Im Inneren sind 800 Mitarbeiter zu führen, gegen aussen die Verwendung von jährlich über 450 Millionen Franken zu rechtfertigen. Waldvogel habe ihr Wissen übergeben können, jetzt sei ein Rücktritt logisch, sagt ein Branchenkenner. Urs Leibundgut, Departementssekretär des Sozialdepartements, widerspricht aber Spekulationen, dass Waldvogel ihre Aufgabe zu viel geworden sei. Klar ist jedoch: Der Druck auf das Amt wird trotz Abflauen der Missbrauchsdebatte nicht nachlassen. Der Aufbau des neuen Informatiksystems ist misslungen (siehe Box), Waldvogel trägt Mitverantwortung. Und die Fallzahlen, die kürzlich leicht gesunken sind, werden infolge der zunehmenden Arbeitslosigkeit wohl bald wieder ansteigen.

Was aber hat Waldvogel während ihrer neunjährigen Amtszeit bewirkt? Viel, darin sind sich Freunde und Feinde einig. «In einem derart grossen Departement haben Chefbeamte grossen Einfluss, etwa auf die Personalpolitik», sagt Urs Lauffer (FDP), seit 19 Jahren Mitglied der Sozialbehörde. Diese Macht habe Waldvogel auch eingesetzt.

Ansonsten zerfallen die Einschätzungen von Waldvogels Wirken in eine linke und rechte Optik. Für die Bürgerlichen gilt sie als ideologischer Zwilling von Monika Stocker, man kritisiert sie als stur, kühl und hierarchisch denkend. «Rosann Waldvogel hing einer veralteten Sozialromantik nach. Sie hat auch schon

behauptet, Sozialhilfemissbrauch existiere nicht», sagt Gemeinderat Mauro Tuena (SVP), der seit elf Jahren in der Kommission des Sozialdepartements sitzt. Diplomatischer drückt sich Urs Lauffer aus: «Die harte Debatte der letzten Jahre hat sie stark und durchaus konstruktiv mitgeprägt.» Beide begrüssen den Rücktritt. «Jetzt kann eine neue Ära beginnen», sagt Tuena.

«Grosses Durchhaltevermögen»

Die Linken dagegen sehen Waldvogel als unerschrockene Verfechterin sozialer Werte, sie attestieren ihr grosses Durchhaltevermögen und Einsatzwillen «für Menschen, die nicht auf der Sonnenseite stehen». Koni Loepfe, ehemaliger SP-Präsident und seit fünf Jahren Mitglied der Sozialbehörde, glaubt, dass Waldvogels Leistungen im Getöse der Missbrauchsdiskussion untergegangen sind. «Sie hat unglaublich viel bewirkt.» Loepfe nennt die Neuorganisation des Sozialdepartements und das Management der explodierenden Fallzahlen. Waldvogel trete im richtigen Moment zurück und mache so den Weg frei für einen Neuanfang. Im Sozialdepartement hebt man Waldvogels Verdienste bei den Reformen der Sozialen Dienste hervor. Auch bei der Neuaufteilung der Aufgaben zwischen Departement und Sozialbehörde habe Waldvogel wichtige Arbeit geleistet. Stadtrat Waser nennt sie eine «Führungsperson voller Tatendrang und Gestaltungswillen».

Diese Führungsperson kündigt ausgerechnet zu einem Zeitpunkt, wo ihr Vorgesetzter krankheitshalber nur eingeschränkt arbeiten kann. «Das Departement ist aber deswegen nicht führungslos», sagt Urs Leibundgut. «Martin Waser ist regelmässig anwesend, jederzeit erreichbar und kann alle wichtigen Entscheide fällen.» Ausserdem bleibe Waldvogel noch ein halbes Jahr im Amt. Wer dann auf ihrem Stuhl Platz nimmt, ist noch völlig offen. Beim Sozialdepartement will man die «herausfordernde Aufgabe» möglichst bald ausschreiben. Viele der angefragten Politiker würden es bevorzugen, wenn jemand von ausserhalb des Departements den Job übernehmen würde.

Keine klaren Schuldigen beim millionenteuren IT-Debakel

Was schief laufen konnte, lief auch schief: Dies das Fazit des Stadtrats zum verunglückten Informatikprojekt im Sozialamt.

Als «Scherbenhaufen ohnegleichen» bezeichneten Gemeinderäte im Juli das im Sozialdepartement entwickelte neue Computersystem FamoZ, das Fallführung und Klientenbuchhaltung erledigen sollte. Das «Fallmanagementmodell Zürich» erwies sich als derart mangelhaft, dass die Behebung der Probleme eine wahre Kostenexplosion verursachte: Statt wie ursprünglich geplant 11,5 Millionen Franken kostete das

IT-Projekt inzwischen 20 Millionen, wie im Juli bekannt wurde. SVP, FDP und CVP forderten deshalb eine Untersuchung des Millionenflops. Eine klare Zuweisung der Verantwortung sei «nicht möglich», schreibt der Stadtrat im gestern veröffentlichten Bericht. Dies habe eine von Sozialvorsteher Martin Waser (SP) in Auftrag gegebene juristische Untersuchung ergeben. Der Stadtrat verzichtet deshalb auf Verantwortlichkeitsklagen. Für den «unbefriedigenden Projektverlauf» macht er eine ganze Reihe von Ursachen verantwortlich. Prozesse und Abläufe seien «zu wenig diszipliniert» erarbeitet worden, viele Beteiligte hätten auf die Probleme nicht richtig reagiert: «Projektsteuerung, Projektleitung und Lieferanten wehrten sich nicht gegen die Änderungen, und eine unheilige Allianz von überoptimistischer Projektleitung und unkritischer Aufsicht verhinderte, dass aus den Problemen die nötigen Konsequenzen gezogen wurden.»

Keine Angaben zu Waldvogels Rolle

Die Auftraggeberin, Ex-Sozialvorsteherin Monika Stocker, wurde über die Probleme «unzureichend informiert», schreibt der Stadtrat weiter. Zudem sei die Zusammenarbeit ungenügend gewesen, sowohl unter den externen Anbietern als auch innerhalb des Sozialdepartements. Keine Angaben macht der Bericht zur Rolle der Chefin der Sozialen Dienste, Rosann Waldvogel, die gestern ihren Rücktritt bekannt gab (siehe oben). Mit den inzwischen getroffenen Massnahmen hofft der Stadtrat, das Projekt «mit zwar bedeutenden Mehrkosten, aber immer noch nachweisbarem Nutzen in geordnete Bahnen lenken zu können».

FDP-Fraktionschef Michael Baumer spricht von einem «katastrophalen Debakel» und Führungsversagen im Sozialdepartement. Er sei nicht unglücklich, dass Waldvogel zurücktrete. Auch SVP-Fraktionschef Mauro Tuena weist auf die Mitverantwortung Waldvogels bei Famos hin. Es sei schockierend, wie viel Geld in diesem Fall in den Sand gesetzt worden sei. «So etwas darf nie wieder passieren.» CVP-Fraktionschef Christian Traber begrüsst es, dass der Stadtrat im Bericht klar Fehler eingesteht. Jetzt müsse man genau prüfen, ob es noch weitere personelle Konsequenzen brauche. SP-Fraktionschefin Min Li Marti ist froh, dass der Stadtrat schnell reagiert hat. Jetzt gelte es zu retten, was zu retten sei. (mth)

Nimmt sich eine Auszeit: Rosann Waldvogel bei einem Auftritt 2008.

BILD VINICIO BARRENO

«Whistleblower» warten auf ein Urteil

Morgen Donnerstag stehen die beiden Frauen vor Gericht, die im Zürcher Sozialdepartement ein eigentliches politisches Erdbeben ausgelöst haben.
Von Stefan Hohler

Zürich. - Die beiden ehemaligen Controllerinnen Margrit Zopfi und Esther Wyler hatten im Januar und Mai 2007 dem «Weltwoche»-Journalisten Alex Baur vertrauliche Informationen über Missstände im Sozialdepartement geliefert. Insgesamt übergaben sie Unterlagen zu acht Sozialfällen. In der Folge berichtete die Zeitung fast wöchentlich über ungerechtfertigte Sozialhilfebezüge und Sozialbetrügereien und sorgte damit für grosse politische Unruhe. Das Sozialdepartement unter der damaligen Vorsteherin Monika Stocker (Grüne) kam unter starken medialen und politischen Druck, besonders seitens der SVP. Kritisiert wurde vor allem die mangelnde Kontrolle - mit dem Einsatz von Sozialinspektoren versuchte Stocker den Kritikern Wind aus den Segeln zu nehmen.

Im Sozialdepartement wurde derweil verzweifelt nach den «Whistleblowern» gesucht. Es verdichteten sich die Hinweise, dass Margrit Zopfi und Esther Wyler hinter den Amtsgeheimnisverletzungen stehen könnten. Ende Oktober 2007 verhaftete die Polizei die beiden vom Arbeitsplatz weg und vor den Augen der Arbeitskollegen. Eine Hausdurchsuchung erfolgte, ihre privaten und beruflichen Computer wurden sichergestellt. Die beiden Mitarbeiterinnen wurden freigestellt.

Einige Monate später reichte das Sozialdepartement eine Anzeige wegen Amtsgeheimnisverletzung ein. Im März 2008 erhielten die Controllerinnen die fristlose Kündigung wegen schwerwiegender Pflichtverletzungen.

Für Stocker ist der Fall abgeschlossen

Rückblickend sagt Monika Stocker zum TA: «Wir mussten handeln, Amtsgeheimnisverletzungen sind ein Offizialdelikt.» Sie kann bis heute nicht verstehen, dass die Frauen den Weg via Medien wählten und nicht den Dienstweg beschritten. «Falls Frau Zopfi und Frau Wyler wirklich kein Vertrauen ins Sozialdepartement gehabt hatten, hätten sie auch den Bezirksrat, die Staatsanwaltschaft oder die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates anrufen können.» Stocker selber wird an der Gerichtsverhandlung nicht anwesend sein. Für sie ist der Fall abgeschlossen. Das Sozialdepartement müsse jetzt vor allem wieder in die Zukunft schauen. Gefragt, ob sie auf eine Verurteilung hoffe, sagt die ehemalige Stadträtin lediglich: «Ich bin gespannt auf den Entscheid.»

Nachdem die Geschäftsprüfungskommission des Gemeinderates im Januar 2008 ihren mehrheitlich positiven Untersuchungsbericht zum Sozialdepartement veröffentlicht hatte, kritisierten Zopfi und Wyler in verschiedenen Medien die Zürcher Sozialhilfe. Im TA-Interview vom 19. Januar 2008 sagten sie, dass gemäss ihren Erfahrungen 80 Prozent der Fälle Mängel

in der Fallführung aufwiesen. Weiter sagten sie, in einem Drittel der Fälle könnte die Zahlung von Sozialhilfe eingestellt werden, das interne Kontrollsystem der Sozialen Dienste funktioniere nicht.

Parallelen zum Fall Nef

Der Zürcher Stadtrat reagierte umgehend. Er ordnete im März 2008 eine Untersuchung durch zwei unabhängige Fachleute an. Es dauerte nur gerade zwei Wochen, bis die Resultate vorlagen. Das Sozialdepartement erhielt gute Noten: Die Nachprüfung von über 400 Dossiers habe lediglich eine kleine Fehlerquote von 2,6 Prozent ergeben. «Aus einem Elefanten ist ein Mäuschen geworden», sagte damals einer der beiden Fachleute.

Ein halbes Jahr später kam die Korrektur: Eine ebenfalls vom Zürcher Stadtrat in Auftrag gegebene Studie durch Experten der Hochschule St. Gallen kam zum Schluss, dass in der städtischen Sozialhilfe grundlegende Mängel festzustellen seien. Sie sei zwar gesetzeskonform, aber ineffizient, intransparent und anfällig für Missbrauch. Eine Radikalkur sei nötig. Für die beiden Frauen war dies eine - zumindest informelle - Rehabilitation.

Morgen Donnerstag stehen sie vor der Einzelrichterin. Die Staatsanwaltschaft fordert für die beiden Frauen wegen Amtsgeheimnisverletzung eine bedingte Geldstrafe von 50 Tagessätzen zu 80 Franken (Zopfi), respektive 70 Franken (Wyler). Zudem sollen sie je eine Busse von 800 Franken bezahlen. Die im Grundsatz geständigen Frauen machen eine Notlage geltend und verlangen einen Freispruch. Parallelen zum Fall des ehemaligen Armeechefs Roland Nef sind offensichtlich. Im April 2009 wurde ein Stadtpolizist, welcher der «SonntagsZeitung» interne Unterlagen zugespielt hatte, wegen Amtsgeheimnisverletzung zu einer bedingten Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu 160 Franken verurteilt.

Zopfi und Wyler haben beide seit diesem Sommer wieder eine neue Arbeitsstelle. Gefragt, ob sie nochmals gleich handeln würde, sagt die 59-jährige Zopfi: «Ja, auch wenn ich nicht weiss, ob ich für ein zweites Mal noch die Kraft hätte. Der Druck war enorm.» Aber es sei für sie und ihre 50-jährige Arbeitskollegin eine ethische Verpflichtung gewesen.

Esther Wyler.

Margrit Zopfi.

Zürich

Zwei Sozialhilfe-Mitarbeiterinnen vor Gericht

Vertrauliche Dossiers an die «Weltwoche» herausgegeben

Die zwei ehemaligen Mitarbeiterinnen des Stadtzürcher Sozialdepartements, die Informationen aus dem Amt an die «Weltwoche» herausgegeben haben, stehen heute vor dem Bezirksgericht. Die Anklage lautet auf Amtsgeheimnisverletzung.

Die beiden Angeklagten sind gemäss Staatsanwalt «so weit geständig». Die Mitarbeiterinnen, Esther Wyler und Margrit Zopfi, waren im Oktober 2007 freigestellt worden, nachdem gegen sie eine Administrativuntersuchung wegen Verdachts auf Amtsgeheimnisverletzung eingeleitet worden war.

Fälle publik gemacht

Die «Weltwoche» hatte, gestützt auf vertrauliche Sozialhilfe-Daten, Fälle von Sozialhilfemissbrauch publiziert. Im Februar 2008 reichte das Sozialdepartement Anzeige gegen Unbekannt wegen Amtsgeheimnisverletzung ein. Im März erhielten die zwei Frauen die fristlose Kündigung. Ihnen wurden schwerwiegende Pflichtverletzungen vorgeworfen.

Die beiden Whistleblower waren im Recht

Das Bezirksgericht hat zwei Ex-Mitarbeiterinnen des Sozialamts, die Akten herausgaben, freigesprochen. Der Staatsanwalt lässt durchblicken, dass er mit dem Urteil leben kann.

Von Stefan Hohler

Zürich. - Margrit Zopfi und Esther Wyler haben sich gestern Donnerstag vor dem Bezirksgericht wegen Amtsgeheimnisverletzung verantworten müssen. Die Controllerinnen hatten im Frühjahr 2007 die «Weltwoche» mit vertraulichen Informationen über Missstände im städtischen Sozialdepartement beliefert.

Für Einzelrichterin Claudia Bühler haben die beiden Angeklagten das Amtsgeheimnis zwar verletzt. Sie hätten aber überzeugend darlegen können, dass der Schritt in die Öffentlichkeit die einzige Möglichkeit gewesen sei, um über die Missstände zu informieren. Bühler sagte in der mündlichen Urteilsbegründung: «Das Interesse der Öffentlichkeit wog schwerer als ihre Taten.» Die beiden Frauen durften in guten Treuen davon ausgehen, richtig gehandelt zu haben. Deshalb seien sie trotz Amtsgeheimnisverletzung freizusprechen.

Angeklagte erhalten Genugtuung

Die Einzelrichterin stützte sich auf verschiedene Zeugenaussagen von ehemaligen Angestellten des Sozialdepartements im Rahmen der Untersuchung durch die Staatsanwaltschaft. Demnach sei von oben dogmatisch verordnet worden, dass es keinen Missbrauch gebe. Man habe das Thema nicht ansprechen dürfen, auf die Kritik sei nicht eingegangen worden. Bühler erwähnte auch den Expertenbericht der Hochschule St. Gallen vom Herbst 2008, der im städtischen Sozialdepartement gravierende Systemmängel ortete. Die rund halbstündige Urteilsbegründung war eine eigentliche Abrechnung mit der damaligen Politik im Sozialdepartement unter Leitung der grünen Ex-Stadträtin Monika Stocker.

Nach der Bekanntgabe der Freisprüche fielen sich die beiden Angeklagten in die Arme. Sie erhalten von der Gerichtskasse je 500 Franken Genugtuung, unter anderem weil sie am Arbeitsplatz verhaftet worden waren. Ausserdem wurde ihnen eine Prozessentschädigung von je 7000 Franken zugesprochen, und das Gericht übernimmt die Untersuchungskosten. Auf eine finanzielle Entschädigung wird aber verzichtet.

Richterin folgte der Verteidigung

Mit ihrem Urteil folgte die Einzelrichterin dem Antrag des Verteidigers Valentin Landmann. Dieser betonte in seinem Plädoyer, dass Missbrauch kein Thema im Sozialdepartement gewesen sei. Die Angeklagten hätten sich zwischen der Verletzung des Amtsgeheimnisses und der berechtigten Wahrung des öffentlichen Interesses für Letzteres entschieden: «Das war

Zivilcourage.» Sie hätten einen hohen Preis bezahlt: Beide seien nach der fristlosen Freistellung im Herbst 2007 rund zwei Jahre lang arbeitslos gewesen. Esther Wyler habe unter Depressionen gelitten, Margrit Zopfi habe sich einer Psychotherapie unterziehen müssen.

Die beiden Frauen betonten in der persönlichen Befragung durch die Einzelrichterin, dass ihnen der Gang in die Öffentlichkeit nach 11 Jahren (Zopfi) und 16 Jahren (Wyler) im Dienst des städtischen Sozialdepartements nicht leicht gefallen sei. Die 59-jährige Zopfi sagte, sie habe die direkten Vorgesetzten vielfach über die Missbräuche in der Sozialhilfe informiert, sei aber immer abgewimmelt worden. Stadträtin Monika Stocker und die Direktorin der Sozialen Dienste, Rosann Waldvogel, hätten immer nur von Einzelfällen gesprochen, beispielsweise als der sogenannte Spanien-Fall oder der Hotel-Fall aufflogen. Die 50-jährige Wyler sagte, dass man sich im Sozialdepartement nach den «Weltwoche»-Artikeln vor allem auf die Suche nach dem Leck konzentriert habe, statt dem Systemfehler nachzugehen.

Verteidiger verlangt Rehabilitation

Die Staatsanwaltschaft hatte für die beiden Frauen wegen Amtsgeheimnisverletzung eine bedingte Geldstrafe von je 50 Tagessätzen zu 70 Franken (Wyler) und 80 Franken (Zopfi) gefordert; zudem eine Busse von je 800 Franken. Für Staatsanwalt Hans Maurer ist der Freispruch nicht ganz unerwartet gekommen, er liess durchblicken, dass er mit dem Urteil leben kann: «Es hat Gründe für einen Freispruch gegeben, insbesondere die Zeugenaussagen.» Ob er das Urteil weiterziehen wird, konnte er noch nicht sagen, zuerst müsse er die schriftliche Urteilsbegründung lesen. Dabei interessiere ihn vor allem, wie die Richterin den Schritt in die Öffentlichkeit beurteile, sagte Maurer.

Nach der Verhandlung zeigten sich die Frauen überglücklich: «Ein mutiges Urteil mit Signalwirkung.» Dem stimmt Verteidiger Valentin Landmann zu: «Das ist ein wegweisender Entscheid für Whistleblower.» Er verlangte eine Rehabilitierung der beiden Frauen durch den Stadtrat.

Unterschiede zum Fall Fredi Hafner

Die Situation der beiden Whistleblower (deutsch: Hinweisgeber) im Sozialdepartement hat zwar Ähnlichkeiten mit dem Stadtpolizisten Fredi Hafner, der die «SonntagsZeitung» über den Fall des Ex-Armee-Chefs Roland Nef informiert haben soll. Es gibt aber Unterschiede. So sind beide Frauen geständig, Hafner streitet die Tat ab. Die Frauen haben sich nicht wegen eines Einzelfalls an die «Weltwoche» gewandt, sondern weil ihre Kritik grundsätzlich war. Zudem machten sie über Jahre hinweg die Vorgesetzten auf die Missstände aufmerksam, liefen aber immer ins Leere.

Diese Unterschiede dürften die Gründe dafür sein, warum die Frauen freigesprochen wurden, Fredi Hafner im April aber zu einer bedingten Geldstrafe von 90 Tagessätzen zu 160 Franken verurteilt wurde. (hoh)

Monika Stocker: «Das Urteil hat mich sehr irritiert»

Die ehemalige Vorsteherin des Sozialdepartements, Monika Stocker, empfindet das Urteil als Niederlage.
Von Benno Gasser

Zürich. - Alt-Stadträtin Monika Stocker (Grüne) trägt das Urteil zumindest oberflächlich mit Fassung. «Ich nehme es zur Kenntnis, bin aber sehr irritiert.» Zu ihrer Irritation trägt unter anderem bei, dass sie glaubt, die Angestellten des Sozialdepartements würden wegen des Urteils künftig unter schwierigeren Bedingungen arbeiten. Für die ehemalige Sozialvorsteherin muss auf beiden Seiten Rechtssicherheit herrschen.

Die Missstände, die unterer ihrer Ägide im Sozialdepartement geherrscht haben sollen und von denen im Prozess immer wieder die Rede war, stellt sie in Abrede. Unter Missständen versteht Stocker etwas anderes. Sie ist überzeugt, dass ihre Mitarbeiter die Arbeit nach bestem Wissen und Gewissen erledigt haben. Mit einem Freispruch für die Angeschuldigten hat sie nicht gerechnet. Sie findet es seltsam, dass das Gericht einerseits die Amtsgeheimnisverletzung anerkennt, aber trotzdem einen Freispruch fällt. Dieses Urteil empfindet sie als Niederlage.

Die SVP sieht sich bestärkt

Stocker versteht nicht, dass Esther Wyler und Margrit Zopfi mit ihren Bedenken nicht direkt zu ihr gekommen sind. Sie hofft, eines Tages mehr Klarheit darüber zu haben, was die beiden Frauen zu diesem Schritt bewogen hat. Die ganze Geschichte lässt sich in den Augen Stockers nicht in den nächsten beiden Jahren aufklären. Dafür braucht es ihrer Ansicht nach fünf Jahre Zeit. Stocker ist gekränkt, dass sie nach der Urteilseröffnung als schlechte Chefin dargestellt wird. Sie will sich Zeit nehmen, um das Ganze zu verdauen.

Die SVP der Stadt Zürich sieht sich nach dem Verdikt in ihrem «stetigen Kampf gegen Sozialhilfemissbrauch und Misswirtschaft» bestätigt, wie die Partei in einer Medienmitteilung schreibt. Das Bezirksgericht übe eine «vernichtende Kritik an der Amtsführung» der damaligen Stadträtin.

Das Sozialdepartement selbst äussert sich nur sehr zurückhaltend zum Urteil. Man sei froh, dass das Gericht die Amtsgeheimnisverletzung anerkannt habe, sagt Thomas Meier, stellvertretender Kommunikationsbeauftragter. Einschätzungen zum Urteil könne er nicht abgeben, da die schriftliche Urteilsbegründung noch nicht vorliege. Ob das Urteil weitergezogen wird, muss der Stadtrat innerhalb der Rekursfrist entscheiden.

Letzte Zigarette vor Prozessbeginn: Die beiden Angeklagten Esther Wyler (links) und Margrit Zopfi.

BILD PETER LAUTH

Autor: üy

Zürich und Region

Neue Kritik an Sozialhilfe

Stadtrat Waser weist Vorwürfe zurück

üy. Die Sozialhilfe der Stadt Zürich steht wieder unter Beschuss. Es müssten Sofortmassnahmen im Kampf gegen Missbräuche in die Wege geleitet werden und längerfristig werde die Abschaffung der Sozialbehörde empfohlen, zitiert die «Sonntags-Zeitung» einen bisher unveröffentlichten Bericht der Universität St. Gallen. Dieser ist vom Stadtrat Anfang Jahr in Auftrag gegeben worden und wird am kommenden Donnerstag an einer Medienkonferenz der Öffentlichkeit vorgestellt.

Das Sozialdepartement reagierte am Sonntag mit einer Medienmitteilung auf die vorzeitige Veröffentlichung des Berichts. Die «Sonntags-Zeitung» behauptete, so die Mitteilung, die zitierten kritischen Aussagen des Berichts widersprächen den bisherigen Stellungnahmen der Stadtregierung. Dies treffe nicht zu. Der Stadtrat habe bereits mehrfach auf grundlegenden Handlungsbedarf aufmerksam gemacht und deshalb die Studie in Auftrag gegeben, verteidigt sich das Sozialdepartement. Es räumt ein, der Bericht kritisiere, die heutige Organisation der Sozialhilfe erfülle wesentliche Prinzipien der Verwaltungsführung nicht, sei ineffizient und berge Risiken. Der Vorwurf der «Misswirtschaft» werde hingegen nicht erhoben. Diesen weise Sozialvorsteher Martin Waser dementsprechend zurück. An der Medienkonferenz vom 30. Oktober will das Sozialdepartement über das weitere Vorgehen informieren.